

Antrag 139/II/2025**KDV Mitte****Der Landesparteitag möge beschließen:****Keine Überwachung durch Palantir – Grundrechte schützen, demokratische Kontrolle stärken**

1 Die SPD lehnt den Einsatz von Softwarelösungen des Unternehmens Palantir Technologies bei Sicherheits- und Polizeibehörden in Berlin, auf Bundesebene sowie in allen anderen Bundesländern ab.

5

6 Der Bundesvorstand und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, sich in der Bundesregierung für einen sofortigen Ausstieg aus bestehenden Projekten mit Palantir einzusetzen und den Abschluss neuer Verträge zu verhindern.

11

12 Die SPD setzt sich für eine gesetzliche Klarstellung ein, dass sicherheitsrelevante IT-Infrastruktur in öffentlicher Hand oder bei vertrauenswürdigen, europäischen Anbietern liegen muss, die den strengen Datenschutz- und Grundrechtsstandards der EU unterliegen.

17

18 Statt auf intransparente privatwirtschaftliche Anbieter zu setzen, sollen Polizei- und Sicherheitsbehörden in Berlin, im Bund und in den Ländern in den Aufbau eigener, staatlich kontrollierter und quelloffener IT-Lösungen investieren.

23

Begründung

25 Der Einsatz von Software des US-Unternehmens Palantir im Bereich der polizeilichen Datenanalyse ist mit erheblichen Risiken für Datenschutz, informationelle Selbstbestimmung und demokratische Kontrolle verbunden. Palantir hat seinen Sitz in den USA und unterliegt damit dem US-amerikanischen Recht, einschließlich des Cloud Act, der US-Behörden weitreichende Zugriffe auf gespeicherte Daten ermöglicht – auch wenn diese auf Servern in der EU liegen. Damit besteht die reale Gefahr, dass hochsensible personenbezogene Daten aus polizeilichen Ermittlungen in den Zugriff ausländischer Behörden geraten.

36 Darüber hinaus ist die Arbeitsweise der Palantir-Software intransparent. Die Algorithmen, die zur Analyse und Verknüpfung großer Datenmengen eingesetzt werden, sind proprietär und nicht öffentlich überprüfbar. Das widerspricht dem Grundsatz, dass staatliche Eingriffe in Grundrechte demokratisch kontrollierbar und für Bürger*innen nachvollziehbar sein müssen. Eine „Black Box“-Technologie, deren Funktionsweise weder Parlamenten noch unabhängigen Datenschutzbehörden vollständig offengelegt wird, hat im sensiblen Bereich der inneren Sicherheit nichts zu suchen.

47 Die SPD steht für den Schutz der Grundrechte und für eine Sicherheitspolitik, die auf Transparenz, Rechtsstaatlichkeit

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

plus BPT

49 keit und Vertrauen setzt. Der Einsatz von Palantir konter-
50 kariert diese Prinzipien. Statt milliardenschwere Aufträge
51 an private Überwachungskonzerne mit engen Verbindun-
52 gen zu Peter Thiel zu vergeben, müssen öffentliche Gel-
53 der in die Entwicklung eigener, sicherer und quelloffener
54 Systeme investiert werden, die europäische Datenschutz-
55 standards erfüllen und unter voller demokratischer Kon-
56 trolle stehen.
57 Nur so kann gewährleistet werden, dass Sicherheit nicht
58 auf Kosten der Freiheit erkauft wird und die digitale Sou-
59 veränität unseres Landes gestärkt wird. Die SPD sagt klar:
60 Keine Überwachung durch Palantir – weder in Berlin, noch
61 bundesweit.